

Resolution angenommen vom EVP-Kongress am 29. und 30. März 2017 in St. Julian's, Malta

Innovatives Unternehmertum

Die Europäische Volkspartei unterstützt mit Hilfe von konkreten Maßnahmen und Programmen seit geraumer Zeit den Unternehmergeist auf europäischer Ebene. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und niedriger Wachstumsraten auf dem gesamten Kontinent müssen wir die junge Generation bei der Sammlung unternehmerischer Erfahrung unterstützen, damit ihre Geschäftsideen erfolgreichere Unternehmen und mittelfristig gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Unternehmergeist fällt nicht vom Himmel – er muss erlernt und gelehrt, gefördert und ermöglicht werden, und zwar mit Hilfe von angemessenen Rahmenbedingungen. Unsere Schulen und Universitäten sollten die Grundlage für unternehmerisches Denken sein, indem sie die für die Führung eines eigenen Unternehmens notwendigen Kompetenzen vermitteln. In einem weiteren Schritt sollten Jungunternehmer zusätzliche Erfahrungen sammeln können, indem sie für unterschiedliche Unternehmen und Branchen im Ausland arbeiten. Mit den Möglichkeiten, die das Internet und neue Technologien bieten, sollte diese neue Generation von Jungunternehmern dann in der Lage sein, ihre eigenen Produkte und Dienstleistungen weltweit zu vermarkten. Vor diesem Hintergrund brauchen wir innovative Finanzlösungen, um die Gründung und Expansion solcher Unternehmen zu fördern, die Wohlstand und dringend benötigte Arbeitsplätze generieren.

Unternehmertum im Lehrplan von Schulen und Universitäten

Unternehmerische Kompetenzen sowie Unternehmergeist können erlernt und weiterentwickelt werden, von der Grundschule bis zur Universität und darüber hinaus. Unternehmertum als Unterrichtsfach sorgt dafür, dass Menschen zu verantwortungsbewussten und geschäftstüchtigen Individuen heranwachsen können. Es fördert die Entwicklung der benötigten Fähigkeiten, Kenntnisse und Einstellungen, die Grundvoraussetzung sind für die Verwirklichung der eigenen Ziele. Zudem hat die Praxis gezeigt, dass Menschen mit unternehmerischer Vorbildung bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben und zudem überdurchschnittlich oft ein eigenes Unternehmen gründen. Darum müssen wir bei strikter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips im Bildungswesen das Thema „Unternehmertum“ stärker in den Lehrplänen von Primar- bzw. Sekundarschulen sowie Hochschulen verankern. Anstelle des Einzelfachs, sollte unternehmerisches Denken fächerübergreifend gelehrt werden.

Erasmus für Jungunternehmer

Das Programm Erasmus für Jungunternehmer (EYE) wurde 2009 von der Europäischen Union mit dem Ziel ins Leben gerufen, den Erfahrungsschatz von Jungunternehmern durch Lernen und Netzwerken sowie durch Praktika in den Organisationen erfahrener Unternehmer in Partnerländern zu erweitern. Start-ups und angehende Unternehmer erlangen so zusätzliche Kompetenzen und Einblicke, die gerade in der Gründungsphase eines Unternehmens von

unschätzbarem Wert sind. Darüber hinaus profitiert der Gastgeber vom frischen Wind, den der Nachwuchs mit sich bringt, sowie von den Kenntnissen des Jungunternehmers in Sachen Heimatmarkt und -kultur, wodurch sich möglicherweise völlig neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnen.

In einer globalisierten Welt sollten wir die Reichweite solcher Programme nicht auf die Europäische Union und ihre direkten Nachbarn beschränken; sondern im Gegenteil europäischen Teilnehmern ermöglichen, im Rahmen des Erasmus-Programms für Jungunternehmer auf der ganzen Welt praktische Erfahrung zu sammeln. Dies würde dazu beitragen, europäische Unternehmen erfolgreicher auf ausländischen Märkten zu positionieren und gleichzeitig ihre Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene zu steigern. Der beste Weg, der Europaskepsis zu begegnen, besteht darin, unseren Bürgern und Bürgerinnen konkrete Maßnahmen anzubieten, die der Europäischen Union einen deutlichen Mehrwert verleihen. Die Möglichkeit, im Ausland Berufserfahrung zu sammeln, die später der Karriere zugutekommt, wäre eine solche Maßnahme.

Entscheidungsträger auf europäischer und nationaler Ebene sollten deshalb das EYE-Programm international ausweiten und die erforderlichen Finanzmittel bereitstellen, um das derzeitige Ziel von 10.000 Teilnehmern bis 2020 auf 30.000 Teilnehmer bis zum Jahr 2025 anzuheben.

Barrieren für den digitalen Binnenmarkt abbauen

Internet und digitale Technologien haben unsere Arbeitsweise grundlegend verändert. Unternehmen müssen ihren Geschäftsbetrieb an das sich ständig verändernde Geschäftsumfeld anpassen. Gleichzeitig machen die neuen Technologien es technisch viel einfacher, Produkte und Dienstleistungen auch auf ausländischen Märkten anzubieten. Allerdings bleiben Bürgern aufgrund bestehender Barrieren im Internet potenzielle Vorteile verwehrt, und Unternehmen sowie Start-ups können ihre verfügbaren digitalen Instrumente nicht vollumfänglich nutzen. Darum müssen wir den EU-Binnenmarkt auf das digitale Zeitalter einstimmen, indem wir regulatorische Hindernisse beseitigen und 28 nationale Märkte zu einem einzelnen gemeinsamen Markt vereinen. Eine solche Maßnahme würde das europäische BIP um rund 415 Milliarden Euro jährlich steigern und hunderttausende neue Arbeitsplätze schaffen. Wir appellieren an die Mitgliedstaaten, sich mit allem Nachdruck für dieses Ziel zu engagieren.

Zugang zu Finanzmitteln

Der Zugang zu ausreichenden Finanzmitteln in der Gründungsphase eines Unternehmens sowie später, wenn größere Investitionen für die Expansion gebraucht werden, ist ganz entscheidend für Überleben, Wachstum und Nachhaltigkeit einer Geschäftsidee. In der Entwicklungs- und Start-up-Phase können technologiegetriebene, schnell wachsende KMU häufig auf Eigenkapitalfinanzierungen von Unternehmern, Angehörigen oder Freunden zurückgreifen. In den frühen Stadien ist eine Eigenfinanzierung besonders wichtig, da bei innovativen Unternehmern Informationsasymmetrien nicht ausbleiben und sie somit selten

Kreditgeber oder Investoren finden – nicht einmal für potenziell profitable Projekte. In der Folge kann die Finanzierung durch Startkapitalinvestitionen informeller privater Investoren (z.B. „Business Angels“) sowie in manchen Fällen auch von Startkapitalfonds und Risikokapitalgebern ergänzt werden. In der Expansionsphase steigt der Kapitalbedarf für Forschung und Entwicklung sowie für die Ausweitung der Marketing- und Vertriebsaktivitäten. Der Abbau bürokratischer Hürden, die innovativen Finanzierungsmöglichkeiten im Wege stehen, würde Jungunternehmern den Zugriff auf ein breiteres Angebot an Finanzierungsquellen ermöglichen und so das Überstehen anfänglicher Schwierigkeiten in der Unternehmensgründungsphase um Vieles erleichtern.

The publication of this document received financial support from the European Parliament.

Sole liability rests with the author and the European Parliament is not responsible for any information contained therein.